

## Workshops am Mittag

14 Uhr - Beginn der Workshops

### Workshop I - Gesetzesänderungen, Abschiebungen, Protest

Die aktuelle Asylpolitik verweigert immer mehr Geflüchteten Rechte und Aufenthalt. Mit Dublin IV ist der Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz angekündigt. Warum ist es insbesondere heute von Bedeutung, Rechte für ALLE einzufordern? Wie gehen wir mit Repression gegen Geflüchtete und antirassistische Aktivist\_innen um? Wie können wir gemeinsam gegen die Beseitigung der Flüchtlingsrechte und Abschiebungen vorgehen? Was wären mögliche politische Ansatzpunkte?

### Workshop II - Fluchtursachen - EU-Abschottungspolitik

Wie können wir die Ursachen von Flucht und Migration stärker in den Focus unserer politischen Alltagsarbeit stellen? Mit welchen internationalistischen, transnationalen Gruppen können wir eine gemeinsame Kampagne entwickeln? Wo gibt es bereits Ansatzpunkte für mehr Protest und Widerstand gegen die EU-Abschottungspolitik? Welchen Beitrag kann jeder leisten?

### Workshop III - Neoliberale Flüchtlingspolitik

Für die deutsche Bundesregierung und die EU steht weniger die Schutzbedürftigkeit der Geflüchteten, sondern ihre Nützlichkeit für den deutschen Arbeitsmarkt und strategische Interessen im Vordergrund. Das neue Integrationsgesetz bestätigt dies eindrücklich. Wie können wir die Kritik an der neoliberalen Flüchtlingspolitik entwickeln? Ist es möglich gewerkschaftliche Kräfte zu gewinnen?

### Workshop IV - Welcome Cities, Zuflucht-Stadt, Stadt für alle

Welche Inhalte müsste ein Manifest an eine Zufluchts-Stadt / einer Stadt für alle haben? Welchen kommunalen Gestaltungsraum haben wir und müssen wir einfordern? Die Stadtregierung in Barcelona unter Bürgermeisterin Ada Colau fordert die Bildung eines europäischen Netzwerkes von rebellischen Sanctuary Cities zum Schutz von Menschen, die ohne Papiere unter uns leben.

Bei dem Drucktermin standen noch nicht alle Referent\_innen für die Workshops fest. Deshalb aktuelle Infos bitte unter [www.stop-deportation.de](http://www.stop-deportation.de) nachlesen.

## Was ist das Ziel der AKTIONS-KONFERENZ?

Die Aktions-Konferenz bietet Vorträge und Workshops an. In den Workshops wird es Inputs von sachkundigen Menschen geben. Danach ist mehr als eine Stunde Zeit für den Austausch von Erfahrungsberichten, Beiträgen, Debatten, Vorschlägen und Ideen. Im Anschluss sollen die Ergebnisse der Workshops zusammengefasst werden. Ziel der Workshops soll es sein, konkrete Ideen, Projekte und Aktionen zu entwickeln. Die Ergebnisse der einzelnen Workshops werden im Anschluss im Plenum vorgestellt und nach der Konferenz in einer **A2-Zeitung des AntiRA-Netzwerkes** veröffentlicht.

## Konferenz und Workshops

Für die Konferenz sind vier Workshops geplant. Bei Bedarf können zwei weitere Workshops eingerichtet werden. Darüber wird vor Ort entschieden. Zur Konferenz wurden VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen aus politischen, sozialen, transnationalen, gewerkschaftlichen Bereichen eingeladen. Wir möchten zusammen mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen über die Etablierung eines breiteren Protests diskutieren.

## Anmeldung

Eine Anmeldung zur Konferenz ist prinzipiell nicht vorgesehen. Da wir jedoch für die Planung (u.a. Essen) abschätzen müssen, wie hoch die Teilnehmerzahl in etwa sein wird, wäre eine kurze Nachricht über die Anzahl der teilnehmenden Personen die zur Konferenz kommen werden, an [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de), hilfreich.

**Aktuelles über die Konferenz und die Workshops kann bei [www.stop-deportation.de](http://www.stop-deportation.de) nachgelesen werden.**

## AntiRA-Netzwerk

Werdet Teil unserer Mailingliste! Macht mit beim AntiRA-Netzwerk Baden-Württemberg! Kommt zu den regionalen Treffen!

## Kontakt

AntiRA-Netzwerk Baden-Württemberg, C/o Aktion Bleiberecht Freiburg, Adlerstr.12, 79098 Freiburg [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de)

**Die Konferenz kostet Geld.** Wir bitten alle um Spenden. Wir rufen alle Gruppen zur finanziellen Unterstützung auf. AntiRA-Netzwerk Baden-Württemberg Volksbank Breisgau Nord e.G. BIC: GENODE61EMM IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26 Stichwort: **Konferenz**

**Spendenkonto**

# AKTIONS-KONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG



**FLUCHTURSACHEN BESEITIGEN!  
FLÜCHTLINGSRECHTE VERTEIDIGEN!  
ABSCHIEBUNGEN ÄCHTEN UND VERHINDERN!  
TÖDLICHE ABSCHOTTUNG BEENDEN!**

# Solidarity4ALL



Demonstration des AntiRA-Netzwerkes  
am 1. Oktober 2016 in Heidelberg

**28. JANUAR 2017 \* 10-18 UHR**  
**Anne Frank-Haus in Karlsruhe**  
Moltkestraße 20, 76133 Karlsruhe

LANDESWEITE KONFERENZ  
Baden-Württemberg

**AntiRA-Netzwerk Baden-Württemberg**

## PROGRAMM

9 Uhr - Einlass

10 Uhr - Beginn und Begrüßung

Informationen zum Ablauf der AKTIONS-KONFERENZ

10.30 Uhr - „Fluchtursachen und Abschottung“

Vortrag von Thomas Gebauer (medico international e.V)



## Aufruf zur AKTIONS-KONFERENZ - Solidarity4all Grenzenlose Solidarität statt Asylrechtsverschärfung

**Beteiligt Euch an der Aktionskonferenz des AntiRA-Netzwerks Baden-Württemberg am 28. Januar 2017**

Für viele Menschen stellt sich die Überlebensfrage so elementar, dass ihnen kein anderer Ausweg bleibt, als ihr Herkunftsland zu verlassen. Sie suchen Schutz vor politischer Verfolgung, Kriegen und massiver Diskriminierung. Wieder andere werden aufgrund ökologischer Krisen ihrer Lebensgrundlagen beraubt oder werden arbeits- und perspektivlos anhand katastrophaler ökonomischer Entwicklung durch die desaströse Einmischung der westlichen Industrieländer. Millionen sind auf der Flucht und leben irgendwo im Niemandsland, in Slums, hungrig, im Freien, ohne irgendwelche Rechte und der Hoffnung, dass der nächste Tag eine Veränderung zum Besseren bringt. Die neoliberale kapitalistische Lebens- und Wirtschaftsweise hat den gesamten Globus erfasst und produziert täglich neue Flüchtlinge.

Es ist Zeit, dass wir uns stärker einmischen. **Hier steht unser aller Zukunft auf der Agenda.** Überlassen wir unsere Zukunft nicht Nationalisten und einem Gesetzespopulismus!

Seit Herbst 2015 herrscht erneut asylpolitisch eine neue Eiszeit. Die Ausweitung der angeblichen „sicheren“ Herkunftsstaaten, der EU-BRD-Erdogan-Deal und die Beseitigung zahlreicher erkämpften Erleichterungen für viele Geflüchtete sind vehemente Angriffe auf die Rechte der Geflüchteten. Massenabschiebungen, Ausweitung der Abschiebehaftgründe, Etablierung sogenannter Ankunftscentren, in denen Schnellverfahren stattfinden, all das konnte fast ohne Widerstand und öffentlichen Protest im Eiltempo durchgesetzt werden. Hier stellt sich die Frage, warum dies trotz einer breiten Solidarität für Geflüchtete möglich war?

11.15 Uhr - „Flüchtlingspolitik:

**Kein Schutz (mehr) für Menschen auf der Flucht“**

Vortrag von Rechtsanwältin Kirsten Striegler, Mannheim

12.00 Uhr - „Neoliberale Flüchtlingspolitik - soziale

**Spaltung oder gleiche Rechte und Solidarity4ALL“**

Vortrag von Brigitte Kiechle (AntiRA -Netzwerk Ba-Wü)

## Weitere Angriffe auf die Rechte der Geflüchteten

Für die deutsche Bundesregierung und die EU steht weniger die Schutzbedürftigkeit der Geflüchteten, sondern ihre Nützlichkeit für den deutschen Arbeitsmarkt und strategische Interessen im Vordergrund. Das neue Integrationsgesetz bestätigt dies eindrücklich.

**Für das Jahr 2017 sind weitere einschneidende Maßnahmen geplant und sollen auch als „Europäische Lösung“ in der gesamten EU durchgesetzt werden:**

- **Das individuelle Recht auf Asyl** soll de facto weitgehend abgeschafft werden.
- Alle noch vorhandenen Rechtsansprüche und Ermessensspielräume, die zumindest noch individuell für humanitäre Lösungen genutzt werden konnten, sollen systematisch verschlossen werden.
- **Sogar in Bürgerkriegsländer** wie z.B. Afghanistan sollen Zehntausende abgeschoben werden.
- Im Mittelmeer aufgegriffene oder gerettete Flüchtlinge sollen die EU nicht betreten dürfen, sondern in **(Internierungs-)Lager** in Nordafrika verbracht werden.
- Das Menschenrecht den **Aufenthaltsort frei zu wählen**, wird in der EU und der BRD für Migranten und Geflüchtete noch weiter eingeschränkt als bisher.
- Das deutsche Modell der **„Residenzpflicht“** soll weiter verschärft und EU-weit eingeführt werden.

Der massenhafte Tod auf den Flucht-Routen und Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen, sind seit langem integraler Bestandteil der EU-Flüchtlingspolitik. Die Abschottung und Überwachung der Außen- und Innengrenzen, Stacheldraht, Zäune, und immer öfters auch Militäreinsätze zwingen Menschen auf immer gefährlichere Fluchtrouten. 2016 sind allein im Mittelmeer bereits bis November offiziell mindestens 4600 Menschen Opfer dieser unmenschlichen Politik geworden. **Niemand müsste sterben, wenn es legale Migrations- und Fluchtmöglichkeiten gäbe - Fähren statt Frontex!**

13 Uhr - **Mittagspause**

14 Uhr - **Workshops - 16 Uhr - Pause**

Workshops siehe Seite 5 des Flyers

16.30 Uhr - **Plenum**

Bei dem Plenum werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen. Danach wird das Plenum weitere Aktionen und Verabredungen treffen.

## Wenn wir Verhältnisse verändern wollen brauchen wir eine breite Bewegung als Gegenpol zur aktuellen Politik. Schließen wir uns zusammen!

Mit der bunten und kämpferischen überregionalen Demonstration am 1. Oktober 2016 in Heidelberg gegen das „Modell-Registrierzentrum“ und die Umsetzung der beschlossenen Gesetzesverschärfungen, haben wir deutlich gemacht, dass wir diese Angriffe nicht hinnehmen wollen. Die Aktions-Konferenz ist unser nächster Schritt. Versammeln wir uns in Karlsruhe, informieren wir uns, diskutieren über mögliche gemeinsame Projekte, vernetzen wir uns besser und lasst uns weitere Aktionen für Baden-Württemberg beschließen.

Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben, sagte Hannah Arendt. Gleiche Rechte für alle heißt nicht Gleichheit in der Ungleichheit, sondern u.a. die soziale Frage neu zu stellen.

Dazu gehört auch die kommunale Diskussion über Welcome Citys / Stadt für alle, die aktuell ansteht. Welche Inhalte müsste ein Manifest an eine Zufluchts-Stadt / einer Stadt für alle haben? Welchen kommunalen Gestaltungsraum müssen wir einfordern?

Schaffen wir soziale Allianzen gegen Rassismus und Ausgrenzung, mischen wir uns ein, wenn Menschen abgeschoben werden sollen. Unterstützen wir Projekte, die bereits erfolgreich gegen das EU-Grenzregime arbeiten.

Ein Recht auf ein gutes Leben hat jeder. Der Kampf um die Rechte für Geflüchteten ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Kämpfe!

**Fangen wir gemeinsam damit an! - Save the date!**

**Wir sehen uns bei der Aktions-Konferenz in Karlsruhe!**

Wer die Konferenz unterstützen möchte, bitte eine Nachricht an [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de) schicken.